

Satzung

über die

Benutzung der gemeindlichen Feld- und Waldwege

der ~~Gemeinde~~ Ortsgemeinde Reckenroth

30. Okt. 1975

vom

Aufgrund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO) Rheinland-Pfalz in der Fassung vom
14.12. 1973 (GVBl. S. 419) wird folgende Satzung erlassen:

§ 1

Geltungsbereich

(1) Die Vorschriften dieser Satzung gelten für die ~~in der Satzung~~ in der Verwaltung der Gemeinde stehenden nicht öffentlich-rechtlichen Feld- und Waldwege.

~~Die Gemeindeverwaltung ist für die Wege in einer Karte der Gemeinde festzustellen.~~

§ 2

Bestandteil der Wege

Zu den Wegen gehören

1. der Wegekörper, das sind insbesondere Wegegrund, Wegeunterbau, Wegedecke, Brücken, Durchlässe, Dämme, Gräben, Entwässerungsanlagen, Böschungen, Stützmauern, Seitenstreifen,
2. der Luftraum über dem Wegekörper und
3. der Bewuchs.

§ 3

Bereitstellung

Die Gemeinde gestattet die Benutzung der in § 1 aufgeführten Wege nach Maßgabe dieser Satzung.

§ 4

Zweckbestimmung

(1) Die Wege dienen ausschließlich der Bewirtschaftung der land- und forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke. Im übrigen ist die Benutzung als Fußweg zulässig, soweit sich aus sonstigen Vorschriften keine Beschränkungen ergeben.

(2) Die Benutzung der Wege zu anderen Zwecken, insbesondere um zu Wochenendhäusern, Jagdhütten, zu gewerblich genutzten Kiesgruben, Sandgruben und Steinbrüchen und ähnlichen Vorhaben zu gelangen, ist mit Erlaubnis der Gemeindeverwaltung zulässig. Die Erlaubnis ist gebührenpflichtig.

§ 5

Vorübergehende Benutzungsbeschränkung

Zur Verhütung von Schäden an den Wegen, insbesondere nach starken Regenfällen und bei Frostschäden und bei Gefährdung der Sicherheit des Verkehrs durch den Zustand des Weges, kann die Benutzung der betreffenden Wege vorübergehend ganz oder teilweise durch den Bürgermeister – ~~zurück Beschränkung des Weges~~ beschränkt werden. Die Benutzungsbeschränkung ist ortsüblich bekanntzugeben und durch Aufstellung von Hinweisschildern an den Anfangspunkten der Wege kenntlich zu machen.

§ 6

Unerlaubte Benutzung der Feld- und Waldwege

(1) Es ist unzulässig,

1. die Wege zu befahren, wenn dies insbesondere auf Grund jahreszeitlich bedingten Zustandes zu erheblichen Beschädigungen führt oder führen kann,
2. Fahrzeuge, Geräte und Maschinen so zu benutzen oder zu transportieren, daß Wege beschädigt werden,
3. beim Einsatz von Geräten und Maschinen, insbesondere beim Wenden, Wege einschließlich ihrer Befestigungen, Seitengräben, Querrinnen und sonstigem Zubehör zu beschädigen oder den Randstreifen abzugraben,
4. Fahrzeuge und Geräte auf den Wegen von Ackerboden zu befreien und diesen auf den Wegen liegen zu lassen,
5. Fahrzeuge, Geräte und Maschinen auf den Wegen so abzustellen oder Dünger und Erde so zu lagern, daß andere Benutzer gefährdet oder mehr als zumutbar behindert werden,
6. auf die Wege Flüssigkeiten oder Stoffe abzuleiten, durch die der Wegekörper beschädigt werden kann,
7. die Entwässerung zu beeinträchtigen,
8. auf den Wegen Holz oder andere Gegenstände zu schleifen,
9. auf den Wegen Holz, Pflanzenreste und Abfälle zu verbrennen.

(2) Weitere sich aus anderen Vorschriften ergebenden Verbote und Einschränkungen bleiben unberührt.

§ 7

Pflichten der Benutzer

(1) Die Benutzer sollen Schäden an Wegen der Gemeindeverwaltung unverzüglich mitteilen.

(2) Wer einen Weg verunreinigt, hat die Verunreinigung ohne Aufforderung unverzüglich zu beseitigen; andernfalls kann die Gemeinde die Verunreinigung auf Kosten des Verursachers beseitigen. Wer einen Weg beschädigt, hat der Gemeinde die ihr für die Beseitigung des Schadens entstehenden Kosten zu erstatten. Die Gemeindeverwaltung kann dem Schädiger unter Festsetzung einer Frist die Beseitigung des Schadens überlassen.

(3) Dünger, Erde und sonstige Materialien, die auf Grund der Geländebeschaffenheit vorübergehend auf dem Weg gelagert werden, sind unverzüglich zu entfernen. § 6 Abs. 1 Nr. 5 bleibt unberührt.

§ 8

Pflichten der Angrenzer

Eigentümer und Besitzer der an die Wege angrenzenden Grundstücke haben dafür zu sorgen, daß durch Bewuchs, insbesondere Hecken, Sträucher, Bäume und Unkraut die Benutzung und der Bestand der Wege nicht beeinträchtigt wird. Bodenmaterial, Pflanzen- oder Pflanzenteile und sonstige Abfälle, die von den angrenzenden Grundstücken auf den Weg gelangen, sind vom Eigentümer zu beseitigen.

*) Nichtzutreffendes streichen

§ 9

Geldbuße und Zwangsmittel

(1) Wer gegen die §§ 4,5,6,7 Abs. 2 und §. 8 dieser Satzung verstößt, handelt ordnungswidrig im Sinne des § 24, Abs. 5 der Gemeindeordnung (Kommunales Verfassungsrecht Rheinland-Pfalz). Als Ordnungswidrigkeit wird auch ein fahrlässiger Verstoß gegen ein Ge- oder Verbot dieser Satzung verfolgt. Eine Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu **1.000,-** DM geahndet werden.

(2) Die Anwendung von Zwangsmitteln richtet sich nach den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes von Rheinland-Pfalz.

§ 10

Beiträge und Gebühren

Beiträge für den Ausbau und die Unterhaltung der Wege, sowie Gebühren für erlaubnispflichtige Benutzungen werden auf Grund einer besonderen Satzung erhoben.

§ 11

Fortgeltung von Festsetzungen in Flurbereinigungsplänen

Festsetzungen in Flurbereinigungsplänen, die Wege im Sinne dieser Satzung betreffen, gelten als Bestandteil dieser Satzung weiter. Sie können nach Abschluß des Flurbereinigungsverfahrens nur mit Genehmigung der kommunalen Aufsichtsbehörde durch Satzung geändert oder aufgehoben werden.

§ 12

Schlußbestimmungen

Diese Satzung tritt am Tage nach der ~~xxxxx~~ öffentlichen Bekanntmachung
in Kraft.

Reckenroth, den

(Ort, Datum)

30. Okt. 1975



[Handwritten Signature]
(Unterschrift und Dienstbezeichnung) (Ortsbürgermeister)

Hinweis auf Bekanntmachung gemäß § 19 Abs. 7 DVO zu § 25 DO !):

Die Aushangfrist auf Grund der Bekanntmachungssatzung läuft für diese Satzung vom

0.00 Uhr bis einschl. 24.00 Uhr.

*) Nach § 24 Abs. 2 der Gemeindeordnung bis 1000 DM.
!) Mit zu veröffentlichen (Aushang)

15. Okt. 1975

1. Diese Satzung wurde in der Sitzung des Gemeinderates - ~~des Stadtrates~~ - am
beschlossen.

16. Okt. 1975

der Kreisverwaltung
~~dem Landratsamt der Bezirksregierung~~

2. Diese Satzung wurde am
gemäß § 24 Abs. 2 ~~SO~~ ^{Gemo} vorgelegt.

21. Okt. 1975

Die Aufsichtsbehörde hat - durch Schreiben vom
(~~nach Ablauf von drei Wochen~~) - keine Bedenken wegen Rechtsverletzung geäußert.

30. Okt. 1975

3. Die Satzung wurde am durch den Bürgermeister unterschrieben (ausgefertigt). Das
gleiche Datum ist in den Kopf der Satzung einzusetzen.

4. a) Diese Satzung wurde am in
öffentlich bekanntgemacht (z. B. Tageszeitung, Mitteilungsblatt, Amtsblatt)

31. Okt. 1975

bis 12. Nov. 1975

b) Diese Satzung wurde in der Zeit vom
durch *Offenlegung bei der* **Verbandsgemeindeverwaltung** öffentlich bekanntgemacht.
(z. B. Aushang, Offenlegung) **Katzenelnbogen**

31. Okt. 1975

durch *das Mitteilungsblatt*
für den Ortsteil
(z. B. Aushang, Ausrufen, Tageszeitung)

Auf die öffentliche Bekanntmachung wurde am
hingewiesen.

12. Nov. 1975

Als Bekanntmachungstag gilt der



Verbandsgemeindeverwaltung
Katzenelnbogen
Im Auftrage

Jhr
(Mester)

(Unterschrift und Dienstbezeichnung)



*) Nichtzutreffendes streichen